

Haushaltsplan 2021

Allgemein:

Mit dem kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen soll noch mehr eine Haushaltssteuerung angestrebt werden, so auf Seite 11 des Entwurfs Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2021, die transparent die finanzielle Entwicklung einer Gemeinde aufzeigt. Dabei trifft die Politik (Gemeinderat) die strategischen Grundsatzentscheidungen, während diese von der Verwaltung ausgestaltet und umgesetzt werden. Es gilt demnach, vor allem die zentralen Kennzahlen (um Beispiel Liquidität) in der Bewertung dieses Entwurfes zu prüfen und in die Überlegungen einzubeziehen. Sinnvoll ist aus haushalterischer Sicht auch, die großen Ausgabenblöcke Schule, Römerhalle, Seniorenzentrum, Rathaus mit Feuerwehr und Bauhof, Wasserversorgung, Kanalisation, Parkanlage und Gemeindestraße auf deren Ausgabenentwicklung zu betrachten und in die Gesamtbeurteilung, vor allem aus finanzieller Perspektive, einzubeziehen.

Grundsätzlich bestehen Probleme beim Studium des Haushaltes, auch in seiner neuen Form. Es sollte deshalb vor allem auch bei den Teilhaushalten möglich sein, in digitaler Form, in die „Tiefe schauen zu können“.

Ferner wäre es hilfreich, auch noch Vergleichswerte (falls möglich) aus den früheren Haushalten zu erhalten. Eine solche Gegenüberstellung, vor allem aus dem Bereich der kalkulatorischen Kosten, würde das Verstehen und das Studium des Haushaltes erleichtern.

Frage 1

Für die Gemeinde Böbingen sind bei den Einnahmen neben den Schlüsselzuweisungen von Bund und Land vor allem die Gewerbesteuererinnahmen ein wesentlicher Faktor.

- a. Kann im Vergleich zu anderen, regionalen Gemeinden die Entwicklung dieser kommunalen Steuer bereits berechnet werden?
- b. Welche Faktoren spielen primär eine Rolle bei der Gewerbesteuer (z.B. Anzahl der Betriebe, Gewerbeentwicklung, regionale Faktoren, Verkehrsinfrastruktur, Branchen)?

Die Entwicklung bzw. die Höhe der Gewerbesteuer kann im Gegensatz zu den Schlüsselzuweisungen etc. nicht berechnet werden. Es handelt sich immer um prognostizierte Werte. Der im Haushaltsplanentwurf 2021 eingestellte Wert ist aus den festgesetzten Vorauszahlungen der Gewerbesteuer abgeleitet. Änderungen nach unten wie aber auch nach oben sind auch in größerer Höhe durchaus möglich. Bei der Gewerbesteuer wird immer auf die örtlichen Gegebenheiten abgestellt. Ein Vergleich mit der Entwicklung bei anderen Gemeinden macht keinen Sinn. Der Gewerbesteuerpflicht unterliegen alle Gewerbebetriebe. Besteuerungsgrundlage ist der Gewerbeertrag. Hierfür wird mit einer Steuermesszahl der Gewerbesteuermessbetrag errechnet (vom Finanzamt). Dieser wiederum wird mit

dem in der Haushaltssatzung festgelegten Hebesatz vervielfältigt. Das ergibt die Steuerschuld, die dem Steuerpflichtigen im Gewerbesteuerbescheid bekannt gegeben wird. Es kann nicht gesagt werden, dass mehr Gewerbebetriebe bedeutet, dass auch mehr Gewerbesteuer bezahlt wird. Es kommt immer auf den Ertrag an. So ist es beispielsweise durchaus möglich, dass ein 10-Mann-Betrieb mehr Gewerbesteuer bezahlen muss wie eine Firma mit 100 Beschäftigten.

Frage 2

Durch die Corona-Pandemie wird vermehrt online-Unterricht angeboten. Die Schulen wurden entsprechend technisch ausgestattet. Es ist jedoch zu befürchten, dass das Thema Bildungsgerechtigkeit unter den augenblicklichen Umständen noch mehr Schaden nimmt.

- a. Wir beantragen einen Situationsbericht der Grundschule zu dem Thema Bildung unter Corona-Pandemie
 1. Erfahrungen des online-Unterrichts
 2. Maßnahmen
 3. Planung eines online-Unterrichts nach der Pandemie
- b. Die Unterstützung der Grundschule durch die Schulsozialarbeit wurde beendet.
 1. Ist dieser Beschluss für alle Zeiten gültig?
 2. Vor allem beim Thema Bildungsgerechtigkeit (Unterstützung von sogenannten schwachen Schülern oder Schüler aus sozial prekären Lagen) sollte dieses Thema neu überdacht werden.
 3. Gibt es dazu Überlegungen der Gemeindeverwaltung / der Schule?

a)

Im Namen vieler Eltern und Vater eines Grundschulkindes kann ich bestätigen, dass die Lehrer/Innen der Grundschule Böbingen das Home-Schooling den Schüler/Innen sehr professionell anbieten. Die Investitionen in die Digitalisierung der Grundschule in den vergangenen beiden Jahren haben sich bezahlt gemacht. Die Schulkinder üben mit einer gutfunktionierenden App Rechenaufgaben, Arbeitsblätter werden für alle Fächer zur Verfügung gestellt und können abgerufen werden, Aufgaben werden von Lehrern kontrolliert und für bestimmte Nebenfächer (Musik, Sport, Motivationsrede Schulleiter) werden Videosequenzen zur Verfügung gestellt. Eltern wurden ein Tablet bzw. Notebook angeboten, für den Fall, dass ein solches Gerät zu Hause nicht bereitsteht.

b)

Dieser Beschluss scheint für alle Zeiten gültig zu sein. Die Schulleitung und die Lehrerschaft haben sich gegen die Schulsozialarbeit ausgesprochen, auch deswegen, weil aufgrund der geringen Schülerzahl anfallende Aufgaben von den Lehrer/Innen besser selbst bewältigt werden können.

In Böbingen gibt es momentan eine hervorragende Bildungsgerechtigkeit. Diese Aufgaben wurden auch in der Vergangenheit nicht von der Schulsozialarbeit gewährleistet, sondern vom Betreuungsteam in Abstimmung mit den Lehrern. So konnte beispielsweise Flüchtlingskindern im Rahmen der Hausaufgabenbetreuung individuelle Hausaufgabenbetreuung (Nachhilfe) angeboten werden. Das sehr hohe Bildungsniveau der Böbinger Schüler/Innen wird von den Schulleitungen der weiterführenden Schulen ausdrücklich gelobt. Das Böbinger Betreuungsangebot kostet Geld, aber dieses Geld ist gut angelegt. Ziel sollte sein, diese Angebote dauerhaft aufrecht zu halten. Die Angebote stärken insbesondere Eltern, die beide berufstätig sind und Schüler/Innen mit Defiziten.

Die Notbetreuung inklusive Betreuungsangebot und Verpflegung funktioniert hervorragend und Covid-19-gerecht. Rund 10 % der Schüler/Innen machen davon Gebrauch, auch vom Mittagstisch.

Wir werden Herrn Falkenberg in Absprache mit der CDU-Fraktion zur Sitzung einladen und ihn um Berichterstattung bitten.

Frage 3

Aus dem Investitionsplan können wir entnehmen, dass die Gemeinde Böbingen großzügig und nachhaltig auch in der Zukunft investieren wird. Neben den typischen Versorgungsvorhaben sollten vor allem auch „weiche“ Investitionen in Kultur und Ritual in die Überlegungen einbezogen werden. Der Friedhof bei der katholischen Kirche St. Josef weist im unteren Teil immer mehr „Lücken“ auf. Dies ist eine Entwicklung, die nicht durch Versäumnisse der Gemeinde verursacht wird, sondern durch den Wandel der Form der Bestattung, nachdem die Erdbestattungen signifikant an Zahl abgenommen haben. Das Ritual einer Beerdigung und die anschließende Trauerarbeit ist auch von der Gestaltung des Friedhofs abhängig. Die CDU-Fraktion macht sich bereits seit längerem über die Gestaltung des Friedhofs in „Unterböbingen“ Gedanken.

Hinsichtlich weicher Standortfaktoren (Kulturarbeit) plant die Gemeinde Böbingen folgende Veränderung. Die Hauptakteure des Kulturbeirates aus Verwaltung und Vorsitz sind der festen Überzeugung, dass die Kulturarbeit neu organisiert werden sollte unter Einbeziehung von Personen, die sich für die Kulturarbeit interessieren. Dieses Thema soll voraussichtlich in der Sitzung des Gemeinderates am 29.03.2020 diskutiert werden.

Antrag:

Besteht die Möglichkeit, dass ein Fachmann für Friedhofsarchitektur über den Wandel in der Bestattung im Gemeinderat referiert?

Mit diesen Informationen können wir uns dann in Ruhe auseinandersetzen und falls erforderlich, mittelfristig Entscheidungen treffen.

Wir haben festgestellt, dass es hier einen Informationsbedarf gibt: In der Tat weist der alte Teil des Friedhofes mittlerweile erhebliche Lücken auf. Dies resultiert ausschließlich auf der Grundlage eines Gemeinderatsbeschlusses aus dem Jahre 2005. Damals wurde ein eingeschränkter Belegungsstopp beschlossen. Warum war dieser Beschluss notwendig: Die katholische Kirchengemeinde hatte erst wenige Jahre zuvor den Friedhof an die bürgerliche Gemeinde Böbingen übergeben, welche für das Friedhofswesen die Verantwortung trägt. Der Gemeinde wurden keinerlei Pläne zur Verfügung gestellt, die Grabstätten sind für eine maschinelle Aushebung viel zu klein dargestellt und in nicht wenigen Fällen liegt der Verstorbene nicht direkt unter dem Grab, sondern es hat sich Vieles verschoben. Ebenso kann im derzeitigen Zustand keine ordnungsgemäße Entwässerung hergestellt werden und in so manchen Bereichen ist die Verwesung noch nicht so fortgeschritten, wie es eigentlich sein sollte. Daher wurde noch unter Bürgermeister Hilsenbek der obere Teil des Friedhofes flächenmäßig sehr großzügig geplant, weil klar war, dass eine Neuordnung des unteren teils sehr lange dauern wird.

Ein eingeschränkter Belegungsstopp deswegen, weil es erhebliche Proteste aus der Bevölkerung gab. Wunsch vieler Bürger/Innen war und ist, dass die Bestattung im gleichen (und auch bereits bezahlten) Grab, in dem der Ehegatte oder das Familienmitglied bestatten worden ist, weiterhin möglich sein soll. Diesem Wunsch der Bevölkerung entsprach der Gemeinderat. Eine Neuplanung ist erst dann möglich, wenn größere Bereiche des alten Friedhofes frei von belegten Gräbern sind. Dies ist in den nächsten Jahren noch nicht der Fall und dies dauert noch mehrere Jahre, bis die Gemeinde Böbingen tatsächlich reagieren kann. Bis dahin müssen wir dafür sorgen, dass der Friedhof, gemessen an den Personalkapazitäten die der Gemeinde Böbingen zur Verfügung stehen, ein ordentliches Erscheinungsbild abgibt und dass notwendige Instandsetzungsmaßnahmen (Sanierungsmaßnahmen Kriegerdenkmal, Wegeinstandhaltung, Kontrolle der Mauern) umgesetzt werden.

Die Gemeinde Böbingen hat in den vergangenen Jahren sein Angebot um anonyme Grabfelder und Gemeinschaftsgrabfelder erweitert. Die Nachfrage der Angehörigen nach diesen neuen Grabarten hält sich noch stark in Grenzen. Stark nachgefragt werden Urnengrabbestattungen. In Einzelfällen gibt es den Wunsch der Menschen nach einer Bestattung im Waldfriedhof. Der Fürst von Wallerstein betreibt im Ostalbkreis in Lauchheim-Röttingen auf eigenem Grund einen Waldfriedhof, der mittlerweile sehr intensiv in Anspruch genommen wird. Mitten im Waldfriedhof ist auch ein ausgewiesener Bereich für Bestattungen.

Wir empfehlen, dass dieses Thema insbesondere aus Zeitgründen in der kommenden Zeit nicht thematisiert wird.

Frage 4

Die Corona-Pandemie hat zu höheren Ausgaben für die Gemeinde geführt. Ein Ausschuss von Haushaltsexperten der einzelnen Fraktionen hat gezielt die geplanten Investitionen auf Kürzungen, Verschiebungen der Maßnahmen geprüft und einen Vorschlag unterbreitet. Diesem Vorschlag wird von der CDU-Fraktion einstimmig zugestimmt.

- a. Kann der Gemeinderat bereits Mitte 2021 einen ungefähren Überblick über die finanziellen Auswirkungen der Pandemie auf den Haushalt der Gemeinde Böbingen von der Kämmerei erhalten?

Erst in der letzten Sitzung im Dezember 2020 hat der Gemeinderat von Kämmerer Joachim Mayer einen aktuellen Finanzzwischenbericht erhalten. Einen weiteren, näher aussagekräftigen Bericht über die finanziellen Auswirkungen der Pandemie kann Mitte 2021 dem Gemeinderat vorgelegt werden.

Frage 5

Die städtebauliche Entwicklung des Ortseingangs Böbingen-West (Bahnhof) wurde in den letzten Sitzungen des GR angesprochen. Diese Überlegungen werden nun in den kommenden Monaten konkretisiert.

- a. Wie ist der zeitliche Ablauf einer solchen Planung und ggf. Umsetzung der Vorschläge?

Den Antrag der CDU hat die Gemeinde aufgegriffen. In der KW 2 des Jahres gab es ein 2-stündiges Arbeitsgespräch zwischen der Verwaltung und dem Büro Immakom. Schwerpunkt war der Austausch über die Wohn- und Gewerbeentwicklung seit 2012. 2 weitere Arbeitsgespräche folgen bis Ende Mai. Es ist beabsichtigt, das Konzept im Juli des Jahres 2021 zu präsentieren. Abhängig vom Ergebnis der Potentialanalyse sollte die Immakom evtl. beauftragt werden, die Gemeinde bei der Suche nach einem passenden Projektträger zu unterstützen. Und der Gemeinderat muss anschließend eine Entscheidung über den Erwerb des Gesamtareals herbeiführen.

Frage 6

Das Seniorenzentrum Böbingen muss laut den Bestimmungen der Heimbauverordnung aufgerüstet werden, da nur noch Einzelzimmer und gleichzeitig gemeinsam nutzbarer Wohnraum in einer definierten Größenordnung angeboten werden müssen. Die Erstentwürfe für diese Planungen liegen bereits vor, konnten jedoch aus bekannten Gründen noch nicht dem GR vorgestellt werden. Der Betriebsträger Johanniter Seniorenhäuser Stuttgart kann sich eine finanzielle Beteiligung nur vorstellen, wenn eine innovatives Versorgungskonzept vorgelegt wird.

- a. Welche Forderungen stellt die Gemeinde Böbingen grundsätzlich an den bisherigen Betriebsträger bei der finanziellen Beteiligung?

Aus Sicht der Verwaltung steht nicht nur ein größerer Anbau an den Bestandsbau bevor, sondern auch erhebliche Modernisierungsmaßnahmen (Brandschutz,

Leitungen....) im Gebäude. Die klare Forderung an die Johanniter wird die Übernahme der Pflegeeinrichtung sein (analog Heubach) und die Modernisierung/der neue Anbau auf eigene Kosten. Die Gemeinde hätte Interesse, das Erdgeschoss des Gebäudes für die eigene Seniorenarbeit zu halten. Sollten die Johanniter kein Interesse am Erwerb haben, muss die Suche nach einem neuen Betreiber starten. Ziel wäre, dass am Ende des Jahres 2021 Klarheit herrscht. Die Gemeinde Böbingen hat weder die personellen und auch nicht die finanziellen Spielräume, diese Aufgaben für einen Betreiber durchzuführen. Auch in nahezu allen anderen Kommunen sind die Betreiber auch die Eigentümer oder Hauptgesellschafter einer solchen Einrichtung.

Die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger wird in der Zukunft, auch bedingt durch die Corona-Pandemie, verstärkt über digitale Medien stattfinden. Angeboten werden dabei immer mehr auch Informationspools zu sportlichen, kulturellen, kommunalpolitischen und religiösen Angeboten.

- b. Kann sich die Gemeinde Böbingen vorstellen, auch finanziell bei der Entwicklung einer Internet-Anwendung zur Versorgung und Informationsvermittlung zu beteiligen?

Die Verwaltung kann sich vorstellen, ein zukunftsfähiges Projekt finanziell zu unterstützen. Es sollte allerdings ein Programm sein, dass sich in anderen Kommunen bereits bewährt hat. Die Informationspolitik der Gemeinde Böbingen über neue Medien ist aktuell verbesserungswürdig. Es fehlen Personalressourcen.

Frage 7

Der Ausbau der B29 auf der Gemarkung Böbingen ist aktuell das zentrale Thema. Sollte die endgültige Zustimmung zum Bau des Tunnels vorliegen, gilt es, auch mittelfristig, städteplanerisch die neu gewonnen Flächen in eine Ortsentwicklung, zu integrieren.

- a. Sind bereits Überlegungen in dieser Richtung angestellt worden?

Es gibt hier noch keine konzeptionellen Überlegungen. Baubürgermeister Mihm regt an, eine Universität für eine Projektarbeit mit einzubeziehen, sobald der Tunnel im Entwurf geplant ist. So könnte auch die Bürgerschaft optimal in einen Ideenfindungsprozess mit eingebunden werden. Derzeit läuft die Vorplanung für den B29-Ausbau, die Entwurfsplanung wird in den kommenden 3 Jahren nicht abgeschlossen. Die Entwurfsplanung gibt später Auskunft, welche Flächen später konkret zur Verfügung stehen, welche für eine Ortsentwicklung überplant und genutzt werden können und auch darüber, wo behördliche Belange entgegenstehen. Die Verwaltung beabsichtigt, eine geeignete Hochschule oder Universität in der Sommerzeit zu kontaktieren.

Frage 8

Vereine spielen für ein Gemeinwesen zur Verbesserung oder / und zum Erhalt der Lebensqualität eine zentrale Rolle. In der Gemeinde Böbingen sind zahlreiche (über 50 an der Zahl) Vereine aktiv. Alle Vereine müssen sich mit den gleichen Problemen (Gewinnung von Ehrenamtlichen, Finanzierungsfragen, steuerliche Aspekte, Verwaltung, Öffentlichkeitsarbeit usw.) beschäftigen.

- a. Besteht die Möglichkeit, seitens der Gemeinde strukturell (neben dem sehr wichtigen Treffen der Vorstände der Vereine zur Terminabstimmung) eine gemeinsame Plattform aufzubauen, damit auch Informationen, Vorgehensweisen, Erfahrungen zu einzelnen Themen ausgetauscht werden können?

Für dieses Projekt stehen der Verwaltung keine Kapazitäten zur Verfügung. Die Gemeinde Böbingen müsste hierfür einen „Kümmerer“ einstellen. Wir sehen hier in Böbingen aktuell keinen Bedarf, da die Vereine in den letzten Jahren nicht mit Fragen an uns herangetreten sind. Die Vereine werden hinsichtlich Rechts- und Finanzierungsfragen, Steuerangelegenheiten und Verwaltung von ihren Verbänden unterstützt und von Steuerbüros beraten. Bei der Gewinnung von Ehrenamtlichen ist auch entscheidend, ob für die heranwachsende Generation zukünftig Wohnraum in Böbingen zur Verfügung steht. Die Kommunikation mit den Vereinsvorständen war in all den Jahren intensiv, die Zusammenarbeit verläuft im besonderen Interesse der Vereinsvorstände. Eine positive Rückmeldung erhält die Verwaltung regelmäßig bei den Jahreshauptversammlungen. Zuletzt sind die Vereine mit einem Anliegen wieder verstärkt an die Gemeinde herangetreten. Es geht um die außerordentliche, finanzielle Unterstützung aufgrund der Corona-Krise. Nur ein Tagesordnungspunkt von mehreren Punkten dreht sich beim Vereinsvorstandstreffen um die Terminplanung.

Hinsichtlich der Ausgestaltung der Gemeindeveranstaltungen gibt es zusätzlich eine enge Abstimmung mit den Vereinen (u.a. Veranstaltungsausschuss). Eine Win-Win-Situation war die gemeinsame Organisation der RGS 2019. Hier profitierten die Vereine und Kirchengemeinden finanziell, die Bereitschaft, sich ehrenamtlich einzubringen war groß. Innerhalb der Vereine funktioniert die Kommunikation hervorragend, wenn es darum geht, sich bei Veranstaltungen mit ehrenamtlichen Kräften gegenseitig zu unterstützen.

- b. Der Zusammenhalt der Böbinger Bürgerinnen und Bürger ist für die Entwicklung der Gemeinde Böbingen, aber auch für die Lebensqualität in dieser Gemeinde ein zentrales Anliegen.
Antrag:
Entwurf einer Konzeption zum Thema „Beteiligungskultur“ in der Gemeinde. In welchem Umfang und wie (neben den Aktivitäten der Vereine und Kirchen) könnte eine „Beteiligungskultur“ in Böbingen nachhaltig gepflegt werden?

Die Verwaltung sieht aktuell keine Notwendigkeit, eine Konzeption „Beteiligungskultur“ an ein externes Büro in Auftrag zu geben, da die Zusammenarbeit sehr gut funktioniert und weder Vereine und auch Kirchengemeinden Bedarf melden.

Frage 9

Die Gemeinde Böbingen ist verwaltungstechnisch Teil der VG Rosenstein. Bereits dieser Ansatz ist richtig, können doch bestimmte Vorhaben besser im Verbund geregelt / gelöst werden.

- a. Welche gemeinsamen kommunalpolitischen Projekte sind aus der Sicht der Gemeinde Böbingen zukünftig zu erwarten oder anzustreben?

Gemeinsame Gewerbeentwicklung mit der Stadt Heubach, Neuausrichtung der Gutachtergeschäftsstelle mit neuen Aufgaben (z.B. Kaufpreissammlung, Erstellung eines Mietspiegels)

- b. Gibt es kommunalpolitische Themen, die eine gemeinsame Sitzung (nach der Corona-Pandemie) der Gemeinderäte aller Kommunen in der VG Rosenstein rechtfertigen würden?

Die interkommunale Zusammenarbeit hat eine große Bedeutung. So sind die Aufgaben einer Gutachterstelle so komplex geworden, dass diese Aufgabe nicht mehr von der VG Rosenstein wahrgenommen werden kann. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird die Stadt Schwäbisch Gmünd zukünftig diese Aufgaben wahrnehmen. Zu diesem Thema wird es in diesem Jahr voraussichtlich eine außerordentliche interkommunale Sitzung geben (voraussichtlich).

Die Stadt Heubach und die Gemeinde Böbingen haben Interesse an einer gemeinsamen Gewerbeentwicklung und werden zukünftig zusammenarbeiten. Weitere konkrete kommunalpolitische Themen, die eine gemeinsame Sitzung rechtfertigen würden, sind derzeit nicht bekannt. Es gibt aber einen wöchentlichen Austausch unter den Ostalb-Bürgermeistern im Rahmen von Videokonferenzen.

Frage 10

Die Kleinkinderbetreuung (bis 6 Jahre) unterliegt einem steten Wandel durch gesetzliche Vorgaben. Eine qualifizierte Versorgung ist für die Gemeinde Böbingen und für den Gemeinderat Böbingen ein großes Anliegen.

- a. Besteht die Möglichkeit, in definierten Zeitabständen, die Entwicklung der Zahlen der Kinder, die einen Anspruch auf einen Platz in den Einrichtungen haben, zu erhalten?

Ja, diese Zahlen kann die Gemeinde auf Wunsch zum gewünschten Zeitpunkt zur Verfügung stellen.

- b. Kann die Gemeindeverwaltung Böbingen eine Info-Veranstaltung (Vortrag) im GR Böbingen zum Thema:
Einfluss des gesellschaftlichen Wandels auf zukünftige Formen der Betreuung und auf pädagogische Konzepte in Kleinkindergruppen“ organisieren?

Die Gemeinde Böbingen ist nicht Träger der Kinderbetreuungseinrichtungen. Die pädagogischen Aufgaben werden von den Trägern wahrgenommen und unterscheiden sich aufgrund der Ausrichtung z. T. wesentlich. Die Gemeinde Böbingen hat zum Thema Kindergartenbedarfsplanung aufgrund des gesellschaftlichen Wandels vor geraumer Zeit eine sehr aufwändige Informationsveranstaltung abgehalten, die von den Eltern nicht gut besucht worden ist.

- c. Ist auch bei dem Betreiber PATE eine Möblierung der KITA in Höhe von 100.000 Tsd. € notwendig?

Nein, für die Tagespflege durch P.A.T.E ist dieser Betrag nicht notwendig, wobei die vollständige Möblierung der KiTa-Mensa erworben werden sollte

Frage 11

Kinderbetreuung / Bildungszentrum

Anhand der statistischen Daten für den Haushaltsplan kann ersehen werden, dass die Geburtenrate (nahezu) gleichbleibend ist. Damit wäre – wie auch schon in den Vorjahren gesagt – die bestehende Anzahl der Kindergarten-Plätze sowie in der Kindertagespflege ausreichend gegeben, **wenn eine politische Entscheidung** getroffen werden würde, dass die Kindergärten die Kinder ab frühestens 2,75 Jahren aufnehmen und die anderen Kinder in den TigeR-Projekten oder bei den Kindertagespflegepersonen zuhause (z.B. mit Platzpauschale finanziert) aufnehmen würden. Es ist anzunehmen, dass damit jedoch der katholische Kindergarten nicht einverstanden sein wird.

Um die Planungssicherheit der Gemeinde Böbingen zu erhöhen, ist der Einsatz der Internetplattform Little Bird vorgesehen.

Wann ist der Start dieser Plattform und was verspricht sich die Gemeindeverwaltung von Little Bird?

Die Einführung der Software LittleBird war der Wunsch der evangelischen Kirchengemeinde. Zukünftig soll Eltern und auch den Bediensteten in den Einrichtungen freie Plätze in den Einrichtungen aufgezeigt werden. Unser Ziel ist in diesem Jahr, dass wir alle Stammdaten ins Programm einpflegen, und uns mit dem Programm vertraut machen.

Gibt es einen verbindlichen Terminplan für den Bezug des Bildungszentrums?

Ziel der Gemeinde Böbingen ist, den Einzug in die Kinderbetreuungseinrichtung ab 01.09.2021 zu ermöglichen.

Gibt es bei der Planung der Außenanlagen bestimmte Vorgaben bei der Gestaltung (Spielgeräte)?

Der Gemeinderat hat die Planung der Außenanlagen besprochen, nachdem diese mehrfach im TA (welche Pflasterbeläge etc.) und auch im Gemeinderat präsentiert worden ist. Ebenso die einzelnen Spielgeräte. Hier hatte die Verwaltung im Vorfeld den Verein P.A.T.E und die JUH mit einbezogen. Bei einzelnen Punkten gab es nochmals eine Abstimmung mit dem Verein PATE (Ausgestaltung des Holzschiffes auf dem Spielplatz, genauer Standort Wasserspielplatz, Größe der Sandspielflächen). Im Zuge der Vergabe wird der Gemeinderat noch die Holzart der Spielgeräte auswählen.

Gibt es auch einen Zeitplan für die Fertigstellung des Pausenhofes?

Ziel ist, dass der Spielplatz bis Ende 2021 fertiggestellt wird. Dies ist realistisch für den Fall, dass die Baumaßnahmen im Gebäude (mit den Fluchttürmen) reibungslos voranschreiten. Die Zeitpläne können wegen der Corona-Krise und der übersättigten Auftragslage der Firmen nicht gewährleistet werden.

Frage 12

Ist es realistisch, den kompletten Pausenhof im Jahr 2021 fertig zu stellen? Evtl. Teilansatz auf 2022 verschieben (Größenordnung 100 – 150 Tsd. €)

Es ist realistisch, dass ein Betrag in der genannten Größenordnung erst im Jahre 2022 zur Auszahlung kommt, aber wir können dies nicht vorhersagen.

Frage 13

Ist die Möglichkeit der Umsetzung (wirtschaftlich und statisch/baulich) einer PV auf der Römerhalle endgültig geprüft? (Ansatz 30.000 Tsd.€)

Nein, dies ist aus Zeitgründen noch nicht geschehen. Wir mussten den anderen Projekten eine höhere Priorität einräumen.

Frage 14

Es sind für die Jahre 2021 und 2022 jeweils 250 000 € Beteiligung an einem Gesundheitszentrum eingeplant. Ist ein Betrag in Höhe von 50-100 Tsd. € im Jahr 2021 nicht ausreichend? (Beibehaltung des Gesamtansatzes, aber Fortschreibung über die Folgejahre).

Das Interesse der Böbinger Hausärzte ist aktuell gering. Dennoch gibt es derzeit gleich 2 interessierte Bauträger, die bereit sind, sich mit diesem Projekt auseinander zu setzen. Dem Vorschlag der CDU könnte zugestimmt werden, die genannten Ausgaben planerisch zu strecken.

Frage 15

Für das Gebäude Kirchberg 11 ist eine Investition von 8 Tsd € für eine Zugangskontrolle mit Chipfunktion geplant. Ist dies Teil eines Gesamtkonzeptes der gemeindlichen Immobilien? Macht es für ein solch „überschaubares“ Objekt wirklich Sinn?

In der Vergangenheit haben die Nutzer des Wohnhauses ohne Erlaubnis der Verwaltung die Hausschlüssel vervielfältigt und verteilt und es ist immer wieder ein Schaden durch ungebetene Gäste entstanden. Daher hat unser Hausmeister diese zweckmäßige Investition empfohlen.

Dr. Peter Högerle

Sprecher der CDU-Fraktion im Gemeinderat Böbingen